

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 31 (1952)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Die Programmdebatte in England  
**Autor:** Brügel, J.W.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336662>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 05.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ROTE REVUE

31. Jahrgang

Oktober 1952

Heft 10

J. W. BRÜGEL

## *Die Programmdebatte in England*

London, im September 1952

Die Frage, ob das überkommene ideologische Rüstzeug zur Bewältigung der dem demokratischen Sozialismus in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts gestellten Aufgaben genügt, schwebt allen denkenden Sozialisten auf den Lippen. Daß sie in Großbritannien besonders lebhaft diskutiert wird, ist angesichts des Umstandes selbstverständlich, daß dort eine sozialistische Regierung in der Lage war, Dinge in die Tat umzusetzen, die frühere Generationen als Utopie betrachtet hätten. Inwieweit soll und muß das die ideologische Position der Labourregierung beeinflussen? So wenig sie bewußt je von den Lehren von Marx und Engels ausging, hat sie sich in ihrer Praxis meist stärker an sie gehalten als Parteien, für die der Marxismus ein unantastbares Evangelium war. Sie schwört auf die parlamentarischen Spielregeln; aber sie hat die Zeit, da ihr diese günstig waren, genützt zu einer bewußten und eindeutigen Klassenpolitik, die die machtpolitischen Positionen der Bourgeoisie in einer Weise untergrub, daß sie auch durch einen (an sich ziemlich unwahrscheinlichen) entschiedenen Sieg mit Stimmzetteln nicht wieder befestigt werden könnten.<sup>1</sup> Wie kann man diese Entwicklung entscheidend weitertreiben, sobald nach der gegenwärtigen Ruhepause Labour wieder die Regierungsgeschäfte übernimmt? Was sind die wichtigsten, was die unerläßlichen Bestandteile eines neuen Aktionsprogramms?

Damit beschäftigt sich eine Reihe bemerkenswerter neuer Publikationen, über die wir hier kurz referieren wollen. Eine Erkenntnis, von der sich die meisten ihrer Autoren leiten lassen, auch wenn sie sie anders formulieren, hat Professor R. H. Tawney<sup>2</sup> im Zuge dieser Diskussion ausgesprochen:

«Die Erfahrung der Jahre 1945—1950... zeigte, daß eine kapitalistische Wirtschaft nicht der solide, monolithische Block ist, den man entweder als ganzen aus-

<sup>1</sup> Der Wahlausgang des Jahres 1951, der die Ablösung der sozialistischen durch eine konservative Regierung brachte, war kein solcher bürgerlicher Sieg, was die vom bürgerlichen und von jedem anderen Standpunkt negative Bilanz der bisherigen Regierungstätigkeit Churchills eindeutig belegt.

<sup>2</sup> R. H. Tawney: «British Socialism To-day», «Socialist Commentary», Juni 1952.

halten oder als ganzen stürzen muß, wie in der Vergangenheit einige Naivlinge behaupteten. Sie zeigte, daß eine sozialistische Regierung, wenn sie die Öffentlichkeit hinter sich hat, die Machtverhältnisse innerhalb des Systems ändern, daß sie die Verwendung eines größeren Teiles seines Ertrags zur Verbesserung des Lebensniveaus der Massen der Bevölkerung sicherstellen und daß sie jene, die das System dirigieren, zwingen kann, in einer Richtung zu arbeiten, für die sie sich, auf sich selbst gestellt, nicht entscheiden würden.»

Verwandte Gedankengänge klingen in einer Broschüre an, die von einer neuen Gruppe innerhalb der Arbeiterpartei, der «Sozialistischen Union», herausgegeben wurde.<sup>3</sup> Sie ist allerdings nur dem Namen nach neu, denn sie trägt die Ideen weiter und bildet sie fort, die vom ISK (Internationalen Sozialistischen Kampfbund) zunächst im vorhitlerischen Deutschland und dann in der Emigration propagiert wurden. Entsprechend diesem geistigen Erbe grenzt sie sich entschieden vom Marxismus ab, aber es ist nicht schwer zu sehen, daß ihre Kritik höchstens die Vulgarisierung marxistischer Erkenntnisse und deren Vergrößerung durch die Kommunisten trifft, mit der sie Anschauungen von Marx und Engels verwechselt. Neben dem ethischen Appell, der Forderung nach mehr Brüderlichkeit und Solidarität innerhalb der Arbeiterbewegung — es verdient hervorgehoben zu werden, daß die «Sozialistische Union» die einzige Gruppe im Rahmen der Labour Party ist, die die Notwendigkeit unterstreicht, praktische Beweise internationaler sozialistischer Solidarität zu liefern —, stehen für die Autoren der Erklärung dieser Gruppe vor allem folgende Erwägungen im Vordergrund:

«Es ist schon klar geworden, daß die bloße Durchführung der Nationalisierung die arbeitsrechtlichen und sozialen Beziehungen nicht nach der Richtung verändert hat, die wir wünschen. Es ist ein Schritt — in gewissen Wirtschaftszweigen ein notwendiger Schritt —, aber nicht mehr... Der Klassenkampf ist ebenso wenig ein festgesetzter Typus von Aktionen zur Erreichung des Sozialismus, wie der Sozialismus selbst eine festgelegte Form von Institutionen ist... Heute ist die kapitalistische Ausbeutung nicht länger die brennende Frage, die sie war. Es ist wahr, daß der Klassenkampf nicht verschwunden ist — seine Fortführung mag oft angesichts des egoistischen Handelns der Privilegierten immer noch notwendig sein —, aber er bildet klarerweise nicht mehr den wichtigsten Pfad des Fortschritts... Ein sozialistisches Programm sollte nun darauf hinzielen, bewußt alle Institutionen unserer Gesellschaft unter Berücksichtigung ihrer Auswirkung auf den Einzelmenschen zu formen...»

Soweit diese Gedankengänge neu sind, sind sie wegen der starken Konzessionen bemerkenswert, die hier marxistischen Auffassungen gemacht werden. Im Gegensatz zu früheren Verfechtern eines ethisch fundierten Sozialismus leugnen die Autoren der Erklärung nicht, daß die Haupttriebkraft der «klassischen» Arbeiterbewegung eine ethische und moralische war. Gähnt also wirklich eine Kluft zwischen dem humanistischen Sozialismus, den sie proklamieren, und den Auffassungen jener, die durch Anwendung der marxistischen

---

<sup>3</sup> «Socialism. A new Statement of Principles.» Presented by Socialist Union, London 1952.

Methoden der Analyse gesellschaftlicher Vorgänge auf die Erscheinungen der Gegenwart den Weg in die Zukunft weisen wollen?

Das erste Ergebnis jahrelanger Diskussionen einer geistigen Elite, die sich um die *Fabian Society* gruppiert, sind die nahezu gleichzeitig mit dem Auftreten der «Sozialistischen Union» veröffentlichten «*New Fabian Essays*»<sup>4</sup>, welche schon im Titel an die berühmt gewordenen ersten «*Fabian Essays*» des Jahres 1889 anknüpfen. Es ist eine Sammlung von acht glänzend geschriebenen Aufsätzen, denen man vielleicht vorwerfen kann, daß sie mehr Fragen stellen und formulieren als sie beantworten. Aber gerade das Herausarbeiten der Alternativen ist mehr als alles andere geeignet, zum Nachdenken anzuregen, auch wenn man in keinem der Beiträge ein klares Ja oder Nein zu den Fragen zu finden vermag, die Richard *Crossman*, der Herausgeber der Sammlung, in seinem einleitenden Essay «Um eine Philosophie des Sozialismus» mit unübertrefflicher Prägnanz vorlegt:

«Sind Subventionen zur Niedrighaltung der Lebensmittelpreise und Preiskontrollen vorübergehende Hilfsmittel aus der Kriegszeit, die man sofort wieder aufgibt, sobald man zum Preissystem zurückkehren kann, oder sind sie Teil der Struktur eines sozialistischen Staates? Bringt demokratischer Sozialismus eine dauernde gemischte Wirtschaft mit sich, in der öffentliche Betriebe neben privaten Betrieben bestehen, und, wenn ja, soll die Erzielung von Gewinnen im privaten Sektor ermutigt oder beschränkt werden? Soll man die Löhne ihr Niveau durch kollektive Verhandlungen selbst finden lassen, oder ist es die Aufgabe einer Arbeiterregierung, das Lohngefüge im Sinne der Interessen der Gesamtheit und der sozialen Gerechtigkeit zu modifizieren? Ist eine zentralisierte öffentliche Korporation eine sozialistischere Methode der Führung eines gemeinnützigen Betriebes als Gemeinde- oder genossenschaftlicher Besitz?»

Die größte Gefahr für den Sozialismus sieht Crossmann in dem Versinken in einen Zustand, für den sich seit Burnhams Buch über die «*Revolution der Manager*» der Ausdruck «*Managerial Society*» eingebürgert hat. Hier sind die Kernstücke seiner Gedanken:

«Statt gesellschaftliche Änderungen als einen Schritt zur Erweiterung der Freiheit zu betrachten, müssen wir annehmen, daß gesteigerte Machtkonzentration, entweder in der Form technologischer Entwicklung oder gesellschaftlicher Organisation, immer Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Ungleichheit in einer Gesellschaft erzeugen wird, wenn diese nicht ein genug starkes soziales Gewissen besitzt, um sie zu zivilisieren... So wie der Kapitalismus in der Form des Wohlfahrtsstaates zivilisiert werden konnte, kann die ‚*Managerial Society*‘ in den demokratischen Sozialismus zivilisiert werden... Die Hauptaufgabe des Sozialismus heute ist, der Konzentration von Macht entweder in den Händen der Industriemanager oder der Staatsbürokratie vorzubeugen, kurz die Verantwortung aufzuteilen und so die Freiheit der Wahl zu erweitern...»

Der interessanteste der Beiträge («*Der Übergang vom Kapitalismus*») stammt von dem vierunddreißigjährigen Abgeordneten und Dozenten der Ox-

---

<sup>4</sup> «*New Fabian Essays*», London 1952. Herausgegeben von R. H. Crossman, mit einem Vorwort von C. R. Attlee.

forder Universität Tony *Crosland*. Seine einigermaßen überraschende Schlußfolgerung, Großbritannien (und Schweden) habe «1951, in allen wesentlichen Punkten, aufgehört, ein kapitalistisches Land zu sein», darf man nicht allzu wörtlich nehmen, weil er sie sofort einigermaßen modifiziert. Die gegenwärtige Wirtschaftsform sei

«kapitalistisch insofern, als der Privatbesitz in der Industrie vorherrscht, meist für den Markt produziert wird und viele der alten Klassenscheidungen andauern. Sie ist nicht-kapitalistisch insofern, als die Einflüsse des Marktes, wenn auch nicht auf dem Gesamtgebiet von Arbeit und Produktion, so in gewissen strategisch entscheidenden Sektoren, der zentralen Planung untergeordnet sind, die Macht des Staates viel größer ist als die einer bestimmten Klasse, und die Aufteilung des Volkseinkommens bewußt Sache einer politischen Entscheidung und nicht automatische Folge der Kräfte des Marktes ist.»

Diese Wirtschaftsform, die *Crosland* Etatismus («Statism») nennt, stelle «eine größere soziale Revolution dar». In ihr wären die charakteristischsten Züge des Kapitalismus nicht mehr vorhanden. Wie kommt man nun zum Sozialismus? Erweiterung der Unentgeltlichkeit sozialer Einrichtungen, weitere Nationalisierungsaktionen, Verschärfung der Kontrollen und noch schärfere Besteuerung hoher Einkommen: das alles wird von *Crosland* für möglich und wünschenswert gehalten, es scheint ihm aber nicht, daß das Land dadurch dem Sozialismus viel näher kommen könnte. Ihm schweben eher Maßnahmen zur Verringerung der noch bestehenden großen Vermögen, eine weitere Demokratisierung des Erziehungswesens und eine «richtige Organisation» der Industrie vor, in der er das Zentralproblem unserer Zeit sieht und die auch das psychologische Problem der Beziehungen von Arbeiter zu Betrieb regeln müßte. Sein Hinweis auf die «Schwierigkeit der Erzeugung von Enthusiasmus für weitere Änderungen bei einer Bevölkerung, die einen hohen Beschäftigungsgrad aufweist und sich eines alljährlich steigenden Lebensniveaus erfreut», deutet auf eines der ernstesten Hindernisse, die sich aus dem sozialen Fortschritt für diesen selbst ergeben.

Der zweiunddreißigjährige Abgeordnete *Roy Jenkins* erörtert in einem Essay «Gleichheit» die Möglichkeiten, zu einer noch gerechteren Aufteilung des Sozialprodukts zu gelangen. Eine weitere Erhöhung der Einkommenssteuer für die Bezüger überhöhter Einkommen wäre eine für die Zwecke sozialistischer Politik ganz irrelevante Maßnahme: die volle Abschöpfung aller Nettoeinkommen würde der Staatskasse nur sechzig Millionen Pfund jährlich einbringen.<sup>5</sup> *Jenkins* Blick ist auf eine Steuer von Kapitalgewinnen, auf eine weitere Erhöhung der Erbgebühren und auf eine Vermögensabgabe gerichtet.

*Margaret Cole* (die einzige unter den Autoren, die kein parlamentarisches Mandat bekleidet) umreißt in einem Aufsatz «Erziehung und soziale Demo-

---

<sup>5</sup> Siehe dazu den Aufsatz des Verfassers: «Der Erdrutsch innerhalb des britischen Volksvermögens», im Heft 12/1950 dieser Zeitschrift.

kratie» die Forderungen, die ein demokratisch-sozialistisches Programm auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens umfassen müßte.

Der Abgeordnete Austen *Albu*, der ein Kommerzingenieur ist und aus der Industrie kommt, hat eine sehr interessante Untersuchung, «Die Organisierung der Industrie», beigesteuert. Ähnlich wie in einem kürzlich erschienenen Buch «Anatomy of Industrie» ventiliert er den Gedanken, daß der Staat und die Arbeitnehmer einen oder mehrere Vertreter in die Leitung von Aktiengesellschaften delegieren. Soweit eine Vertretung der Arbeitnehmerschaft in Betracht kommt, wird sie von der Mehrzahl der Gewerkschaften bekanntlich abgelehnt. Die Entsendung von mit entsprechenden Vetorechten ausgestatteten Vertretern öffentlicher Interessen in die Leitung von in privaten Händen befindlichen Schlüsselbetrieben könnte wohl nur dann ein Erfolg sein, wenn schon ein Stock solcher modern denkender und unbürokratisch handelnder «öffentlicher Verwalter» herangezogen ist.

Denis *Healey*, vor seinem kürzlichen Eintritt ins Unterhaus Leiter der Internationalen Abteilung der Arbeiterpartei, räumt in dankenswerter Weise in einem Essay «Machtpolitik und die Labour Party» mit vielen Wunschträumen auf, die an den Realitäten zerschellen müssen. «Ein Verständnis für das Machtelement in der Politik ist die erste Notwendigkeit für eine erfolgreiche Außenpolitik», sagt er den Ungezählten, die sich damit begnügen, von der eigenen Regierung in Beachtung eines moralischen Imperativs in der Weltpolitik zu verlangen, ohne das Bestehen objektiver, durch die moralisch einwandfreieste Politik nicht überwindbarer Schwierigkeiten auch nur wahrnehmen zu wollen. «Viele Sozialisten glauben», sagt Healey,

«daß die politischen Einheiten, aus denen eine Weltgesellschaft geschaffen werden muß, gesellschaftliche Klassen oder politische Bewegungen sind, die über die Grenzen von Nationalstaaten hinausreichen ... In Wirklichkeit wurde die Welt schon längst in geographische Einheiten aufgeteilt, die jede sich in verschiedener Weise und nach verschiedenen Richtungen entwickelt, so daß nur eine geringe Basis der Interessen und Gefühle vorhanden ist, um Klassen, die im sozialen Gefüge der einzelnen Staaten ungefähr die gleiche Position einnehmen, miteinander zu vereinigen.»

Soweit Healey damit eine Tatsache feststellt, wird man ihm kaum widersprechen können. Aber selbst wenn die notwendigen subjektiven Voraussetzungen für eine internationale sozialistische Aktionseinheit heute nur in bescheidenem Maße vorhanden sind, ändert das nichts an der objektiven Notwendigkeit, sie im Interesse der Durchschlagskraft der sozialistischen Idee auch im interstaatlichen Rahmen anzustreben. Sowenig eine sozialistische Regierung sich erlauben kann, nur mit ideologisch gleichgerichteten Partnern zusammenzuarbeiten, so sehr muß sie im eigenen Interessen ihre Freunde in anderen Ländern von ihren Feinden zu unterscheiden wissen!

Der Essayband wird von einer längeren Studie John *Stracheys* abgeschlossen, des einzigen der Autoren, der Mitglied der Arbeiterregierung war («Auf-

gaben und Erfolge von Labour»). Strachey bekennt, daß er etwa bis 1938 der Auffassung war, daß die Übel des Kapitalismus in dessen Rahmen nicht behoben werden können, denn würde der Kapitalismus beginnen, gegen die sich daraus naturnotwendig ergebende Senkung der Profite nicht aufzubegehren, dann wäre er eben kein Kapitalismus mehr. Unter dem Einfluß der Lehren von Keynes hat Strachey seinen Standpunkt dann geändert. «Es ist die Erfahrung der Labourregierung, die uns den ersten wichtigen Beweis dafür gibt, daß nach dieser Richtung mehr möglich ist, als man angenommen hatte. Denn meiner Meinung zufolge hat die Arbeiterregierung zwischen 1945 und 1951 die Natur des britischen Kapitalismus erheblich modifiziert.» In der Zukunft könne der Frieden nur bewahrt werden, wenn die Wirtschaft in der ganzen Welt «funktioniert». Das setze voraus, daß die Produktivkräfte dazu verwendet werden, den Lebensstandard in allen Teilen der Welt zu heben, weshalb sowohl England als auch insbesondere Amerika Möglichkeiten zur regelmäßigen Überführung größerer Kapitalmengen aus den industriellen Zentren an die unterentwickelten Teile der Erde finden müssen. Die britische Mission ergibt sich aus der Tatsache, daß es in England war,

«wo die demokratischen Kräfte Hand an die Wirtschaft gelegt und sie umzubilden begonnen haben, wo die demokratischen Kräfte sich solid in einer politischen Partei vereinigt haben, die durch sechs Jahre ununterbrochen die Regierung in der Hand hatte. Es ist das Land, in dem man die moderne zentrale Planung . . . am besten versteht, in dem die Neuaufteilung des Volkseinkommens am weitesten vorgeschritten ist, in dem die Wirtschaft am stärksten ihrer wahren Aufgabe, das allgemeine Lebensniveau dauernd zu erhöhen, zugewendet wurde.»

Von der Erhaltung und Weiterführung des Labourexperimentes hänge es ab, ob die westliche Welt ihre Lebenskraft erweisen kann. Andernfalls «hat das Politbüro nicht falsch kalkuliert».

Die von der «Sozialistischen Union» herausgegebene Programmbroschüre und die «Fabian Essays» haben innerhalb und außerhalb der Labourbewegung ein starkes Echo gefunden, das natürlich nicht überall und immer positiv sein konnte. Aneurin *Bevan* (den man aber deshalb nicht als Sprecher eines linken, marxistischen Flügels betrachten darf) sieht in den Bestrebungen der «Neutöner» eine Gefahr, ohne sich der Notwendigkeit zu verschließen, «den Geist wachsam und anpassungsfähig zu erhalten». Gegenüber der Ansicht, daß eine Ausdehnung des Bereiches der nationalisierten Wirtschaft, ein überholter Gedanke sei, hält er fest:

«Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Ersetzung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln durch öffentlichen Besitz ein zentrales Prinzip des Sozialismus ist. Darum kann man nicht herumkommen.»

In der «Tribune» hat der Oxforder Dozent Thomas *Balogh*, der an der Publikation der Fabier manches auszusetzen hatte, aber sie doch als eine dankenswerte Bereicherung der sozialistischen Literatur anerkennt, an der Pro-

grammschrift der «Sozialistischen Union» sehr scharfe Kritik geübt. Sie gipfelt in den folgenden Feststellungen:

«Kein Zweifel, daß Nationalisierung nicht genug ist. Aber Sozialisten sollten nicht in den Fehler verfallen, die für den Zweck *ausreichenden* und die *unerläßlichen* Vorbedingungen des sozialen Fortschritts miteinander zu verwechseln. Der Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln wird uns vielleicht nicht das Millenium bringen. Es kann sein, daß er uns Tyrannei bringt. Das bedeutet aber lange noch nicht, daß ohne Nationalisierung eines weiteren großen Sektors der Wirtschaft ein Fortschritt in der Richtung der von den ‚Neutönern‘ so leidenschaftlich verfochtenen Ideale möglich sein wird . . . *Labour muß die praktischen Lösungen neu überdenken, aber es hat es nicht notwendig, seine Grundanalyse der Übel der kapitalistischen Gesellschaft zu verleugnen* . . . Was wir brauchen, ist scharfes Nachdenken über den Weg, auf dem wir es verhindern können, daß die dezentralisierte Macht der besitzenden Klassen für den Sturz einer kommenden Arbeiterregierung eingesetzt wird.»

Wenn Balogh der «Sozialistischen Union» vorwirft, sie lege kein ausgearbeitetes Programm und keine konkreten Vorschläge vor, kann diese allerdings den Vorwurf leicht zurückgeben: die Anhänger weiterer Verstaatlichungsaktionen sagen zwar, *daß* noch mehr als bisher nationalisiert werden soll, sie vermeiden aber jede Angabe darüber, *was* ihrer Meinung nach reif für die Nationalisierung ist.

Wer die Geschichte der Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Parteien seit dem Streit um den Revisionismus anfangs dieses Jahrhunderts verfolgt hat, wird vieles von den jetzt in England in der programmatischen Debatte gebrauchten Argumenten vertraut anmuten. Unter völlig verschiedenen Voraussetzungen, in ganz anderem Gewand, sind die Probleme im Grunde doch immer die gleichen. Nichtsdestoweniger wäre es eine unerlaubte Simplifizierung, die einzelnen Teilnehmer an der Debatte nach altem Schema in «Reformisten» und «Revolutionäre» einzuteilen. Die oben wiedergegebene Äußerung von Professor Tawney klingt z. B. zweifellos wie das, was man einst «reformistische Illusionen» genannt hat, aber wenn man sie genauer liest, offenbart sie sich als ein Mahnruf an die Arbeiterbewegung zu größerer Aktivität und zur integralen Ausnützung der gegebenen Möglichkeiten für bleibende, strukturelle Änderungen. Gerade der Marxist versteht, daß es oft nicht so sehr auf programmatische Pronunciamentos als auf den Druck der gesellschaftlichen Kräfte ankommt, die hinter dem stehen, der sie ausspricht.

Wir haben uns bemüht, hier die Kernpunkte der Auseinandersetzungen herauszuarbeiten, doch wäre es entschieden abwegig, daraus den Schluß zu ziehen, als würden sich hier zwei voneinander scharf abgegrenzte Lager gegenüberstehen. Es gibt auch, abgesehen von der Loyalität der Partei gegenüber und dem allen gemeinsam uneingeschränkten Bekenntnis zu den Methoden der parlamentarischen Demokratie (das als Selbstverständlichkeit nirgends Erwähnung findet), sehr viel Gemeinsames in den Auffassungen, es gibt zwischen den hier dargestellten Extremen ungezählte Abschattierungen, und auch die am schroffsten klingenden Gegensätze entpuppen sich vielfach als Diffe-



renzen in der Betonung. Diejenigen, die sich nicht für weitere Verstaatlichungen in diesem Augenblick erwärmen und statt nach Zusammenballung politischer und wirtschaftlicher Macht nach Dezentralisierung rufen, sind nicht gegen jede Nationalisierung an sich. Sie stellen nur in Abrede, daß sie das Land dem sozialistischen Endziel näherbringen, wenn sie nicht von anderen Schritten begleitet ist. Diejenigen, die dem Appell an das Gute im Menschen skeptisch gegenüberstehen, verachten die ethischen Werte nicht. Sie bezweifeln nur, daß ihre demonstrative Unterstreichung den Effekt von Eingriffen in die Struktur der Gesellschaft erreichen oder gar ersetzen kann. Die polemische Zuspitzung von gegensätzlichen Auffassungen, deren Vorhandensein geradezu ein Lebenselement einer demokratischen Bewegung ist, dient der Klärung der Begriffe in einer Diskussion, die nie durch einen Mehrheitsbeschluß abgeschlossen werden kann. Ob sie im gegenständlichen Fall fruchtbar war, werden die Leistungen der nächsten Labourregierung erweisen.

ALFRED JOACHIM FISCHER

## *Israel — Land der Einwanderer*

Jerusalem, im August 1952

Nach einem fünfmonatigen Aufenthalt in dem vor vier Jahren geborenen Staate Israel beginne ich langsam, mich von anfänglichen Verwirrungen und Mißverständnissen zu befreien. Zweifellos liegt für den Beobachter eine Schwierigkeit schon darin, daß Entwicklung und Probleme dieses kleinen, aber dynamischen Landes keine Vergleiche erlauben.

1. Israels strategische Situation ist einzigartig ungünstig. Es gehört zu den kleinsten Staaten der Erde, hat aber tausend Kilometer lange Grenzen mit feindlichen arabischen Nachbarn.

2. Seit seinem Sieg über die Araber befindet sich das israelische Volk in einem Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden. Statt Grenzen, wenn sie auch *de facto* vorhanden sind, existieren *de jure* nur Waffenstillstandslinien. Täglich kommt es dort zu Zwischenfällen, Schießereien und Verlusten an Menschenleben. Da die Araber einen Friedensschluß ablehnen und die zweite Runde androhen, muß das Parlament von Jerusalem einem weit über die Leistungsfähigkeit eines kleinen und armen Staates hinausgehenden Verteidigungsetat zustimmen, von Opfern an produktiver Menschenkraft ganz zu schweigen.

3. Während das im Mittleren Osten am meisten fortgeschrittene Israel dazu prädestiniert wäre, diese Sphäre industriell zu versorgen und im Austausch Lebensmittel einzuhandeln, muß es infolge des arabischen Boykotts seine Produkte nach Finnland schicken und die eigene Ernährung durch amerikanische Hilfe sicherstellen.